



Stand: 01-2013

Ehrenratsordnung des Deutschen Verbandes der Gebrauchshundsportvereine e.V.

I. Allgemeines

§ 1 Rechtsgrundlagen

Diese Ehrenratsordnung ist Bestandteil der DVG Satzung § 29

§ 2 Zuständigkeit

Der Ehrenrat entscheidet in allen nach der Satzung vorgesehenen Fällen, soweit nicht dort eine andere Zuständigkeit ausdrücklich bestimmt ist.

§ 3 Ergänzende Vorschriften

Seiner Entscheidung hat der Ehrenrat die Regeln der Satzung und der Ordnungen des Verbandes zugrunde zu legen. Ergänzend sind ggf. die Satzung und die Ordnungen des VDH und die Regeln der F.C.I. gemäß §3.1 der DVG Satzung heranzuziehen.

§ 4 Ausschluss und Ablehnung eines Ehrenratsmitgliedes

1. Jedes Mitglied des Ehrenrates ist von der Mitwirkung an einem Verfahren und bei der Entscheidung ausgeschlossen, wenn es selbst unmittelbar Beteiligter oder Geschädigter eines zur Streitentscheidung anstehenden Falles ist oder wenn dieses bei Personen zutrifft, mit denen das Ehrenratsmitglied in gerader Linie verwandt, verschwägert oder in Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grad verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht, oder mit dem oder denen es in Hausgemeinschaft lebt.

2. Ein Ehrenratsmitglied kann von jedem Verfahrensbeteiligten abgelehnt werden, wenn ein objektiver außen stehender Betrachter in der Lage des betroffenen Verfahrensbeteiligten begründete Besorgnis der Befangenheit des abgelehnten Ehrenratsmitgliedes geltend machen könnte. Dem Ablehnungsverlangen muss stattgegeben werden, wenn einer der in Abs. 1 genannten Gründe vorliegt. Das Ablehnungsverlangen ist schriftlich unter Glaubhaftmachung des Grundes bei dem Ehrenratsvorsitzenden anzubringen. Die Ablehnung ist nur bis zum Abschluss der Ermittlungen zulässig.

3. Über den Ablehnungsantrag entscheidet der Ehrenrat ohne Mitwirkung des abzulehnenden Mitgliedes endgültig; für das abgelehnte Mitglied wirkt dessen Stellvertreter mit. Der ergehende Beschluss ist schriftlich abzufassen und den Beteiligten bekannt zumachen; die Begründung steht im Ermessen des Ehrenrates. Ein Mitglied des Ehrenrates kann sich selbst für befangen erklären und seine Mitwirkung ablehnen.



Stand: 01-2013

Die Gründe für ihre Befangenheit haben die Mitglieder des Ehrenrates dem Vorsitzenden mitzuteilen; hält dieser sich für befangen, hat er die Gründe seinem Stellvertreter bekannt zugeben; Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz gilt entsprechend.

II. Verfahren

§ 5 Antragsverfahren

1. Der Ehrenrat wird nur auf schriftlichen Antrag eines Antragstellers tätig. Zur Antragstellung sind Präsidium und Mitgliedsvereine befugt.
2. Der schriftliche Antrag muss gerichtet sein auf eine der in § 29 Abs. 2 der Satzung enthaltenen Maßnahmen; ferner hat er zu enthalten die Gründe, aus denen das Verfahren durchgeführt werden soll, und die Beweismittel bezeichnen; vorhandenes schriftliches Beweismaterial soll beigelegt werden. Es muss ferner Nachweis über geleisteten Vorschuss erbracht werden.

§ 6 Zurückweisung

1. Der Ehrenratsvorsitzende kann Anträge zurückweisen, wenn die Zuständigkeit des Ehrenrates nicht gegeben ist, wenn sie nicht in der Form des § 4 gestellt worden sind oder wenn der Vorschuss nicht nachgewiesen ist. Die Zurückweisung teilt der Ehrenratsvorsitzende dem Antragsteller schriftlich mit. Eine Anfechtung der zurückweisenden Entscheidung findet nicht statt.
2. Der Antrag kann erneut in gehöriger Form gestellt werden.

§ 7 Verfahren

1. Ein Antrag auf Einleitung und Durchführung eines Ehrenratsverfahren wird dem Antragsgegner unter Setzung einer Frist von einem Monat zur Stellungnahme mittels eingeschriebenen Brief (mit Rückschein) zugestellt. Die Gegenäußerung ist in vierfacher Ausfertigung einzureichen. Soweit dies erforderlich erscheint, gibt der Ehrenratsvorsitzende dem Antragsteller und dem Antragsgegner Gelegenheit zu weiteren schriftlichen Äußerungen.
2. Ist die Eröffnung des Verfahrens beschlossen, so muss eine mündliche Verhandlung angesetzt werden. Bei unstreitigem Sachverhalt oder wenn beide Beteiligten schriftlich ihr Einverständnis erklären, kann im schriftlichen Verfahren entschieden werden.
3. Der Ehrenratsvorsitzende hat die mündliche Verhandlung so vorzubereiten, dass möglichst in einem Termin abschließend entschieden werden kann.
4. Ort und Zeit der Verhandlung werden vom Vorsitzenden im Benehmen mit den Ehrenratsmitgliedern festgesetzt.



Stand: 01-2013

5. Der Ehrenrat entscheidet darüber, welche Zeugen zu hören und welche sonstigen Beweismittel heranzuziehen sind. Der Ehrenrat kann die Ladung von Zeugen und die Herbeiziehung von Sachverständigen von der Einzahlung von Vorschüssen abhängig machen, deren Höhe er festsetzt. Wer den Vorschuss nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht in voller Höhe leistet, trägt die Gefahr der Zurückweisung des Antrages oder des Beweismittels.

§ 8 Ladung und Zustellung

1. Der Vorsitzende lädt den Ehrenrat, den Protokollführer, die Beteiligten, die Zeugen und Sachverständigen. Die Parteien sind mit Einschreibebrief mit Rückschein zu laden. Zwischen der Ladung und dem Termin muss eine Frist von zwei Wochen liegen.
2. Die Parteien sind in der Ladung darauf hinzuweisen, dass auch in ihrer Anwesenheit verhandelt und entschieden werden kann.

§ 9 Vertretung

1. Jede Partei kann sich in jeder Lage des Verfahrens durch einen schriftlich Bevollmächtigten, der auch bei einem deutschen Gericht zugelassener Rechtsanwalt sein kann, vertreten lassen.
2. Eine Kostenerstattung findet nicht statt.

§ 10 Akteneinsicht

Jeder Verfahrensbeteiligter bzw. dessen Verfahrensbevollmächtigter hat Anspruch auf Akteneinsicht.

§ 11 mündliche Verhandlung

1. Sofern der Gegenstand des Verfahrens hierfür geeignet ist, hat der Ehrenrat zu Beginn der mündlichen Verhandlung – wie in jeder Lage des Verfahrens – erneut eine gütliche Einigung der Parteien anzustreben. Scheitert diese, so ist der Sachverhalt durch Vernehmung der Parteien und durch Erhebung der erforderlichen Beweise aufzuklären.
2. Zeugen und eventuell anzuhörende Sachverständige sind einzeln und in Abwesenheit der anderen Zeugen zur Person und zur Sache zu vernehmen. Nach der Beweiserhebung ist den Parteien Gelegenheit zur abschließenden Äußerung zu geben.

§ 12 Beratung, Abstimmung

1. Bei der Beratung dürfen nur die Mitglieder des Ehrenrates anwesend sein. Der Protokollführer darf nach Abschluss der Beratung zur Aufnahme des Diktats der Entscheidungsformel zugezogen werden.



Stand: 01-2013

2. Alle Mitglieder des Ehrenrates sind verpflichtet, über den Hergang der Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu bewahren.
3. Der Ehrenrat entscheidet mit einfacher Mehrheit.

§ 13 Entscheidungsinhalt, Unterschrift, Veröffentlichung

1. Die schriftliche Entscheidung soll enthalten:
 1. Die Bezeichnung des Ehrenrates und die Namen der Mitglieder, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben;
 2. Die Bezeichnung der Beteiligten, ggf. ihrer Verfahrensbevollmächtigten;
 3. Die Entscheidungsformel mit dem Ausspruch über die Kosten;
 4. Eine kurze Darstellung des Sachverhaltes, wie er sich aufgrund der Beweisaufnahme ergeben hat;
 5. Die Entscheidungsgründe;
 6. Die Rechtsmittelbelehrung;
2. Die Rechtsmittelbelehrung muss enthalten:
 1. Die Form und Frist des Rechtsmittels;
 2. Den Hinweis, dass Fristversäumnis Unterwerfung unter den Spruch bedeutet und eine gerichtliche Nachprüfung des Verfahrens und der Entscheidung grundsätzlich ausgeschlossen ist.
 3. Die Urschrift der Entscheidung ist von den Mitgliedern des Ehrenrates, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterzeichnen und zu den Akten zu nehmen. Ist ein Mitglied des Ehrenrates an der Unterschrift gehindert, so wird dies unter Angabe des Verhinderungsgrundes von dem Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von einem der Beisitzer auf der Entscheidung vermerkt.
 4. Rechtskräftige Entscheidungen sind in der nächstmöglichen Ausgabe der Verbandszeitung zu veröffentlichen.

§ 14 Protokollierung

1. Das Protokoll über die mündliche Verhandlung wird vom Protokollführer im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden gefertigt. Es muss enthalten:
 1. Ort, Datum und Uhrzeit des Beginns der Verhandlung;
 2. Die Namen der Anwesenden und deren Rechtsstellung im Verfahren (Vorsitzender, Beisitzer, Antragsteller, Antragsgegner, Zeuge, Sachverständiger);
 3. das Ergebnis eines eventuellen Schlichtungsversuchs;
 4. die von den Parteien gestellten Anträge und die wesentlichen Erklärungen;



Stand: 01-2013

5. den wesentlichen Inhalt des Ergebnisses eines Augenscheins;
6. die Bezeichnung von Urkunden, die bei der Beweisaufnahme gemacht worden sind;
7. die Feststellung sonstiger wesentlicher Prozesshandlungen;
8. die Entscheidungsformel mit Rechtsmittelbelehrung;
9. einen eventuellen Rechtsmittelverzicht der Parteien;

2. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 15 Schriftliches Verfahren

1. Wird im schriftlichen Verfahren entschieden, gelten die §§ 12, 13 Abs. 2, 14 entsprechend. Anstelle des Entscheidungssatzes im Sinne des § 13 Abs. 2 wird die voll abgesetzte schriftliche Entscheidung den Beteiligten mittels eingeschriebenem Brief mit Rückschein zugestellt.
2. Entscheidungen im schriftlichen Verfahren dürfen nur ergehen, nachdem jede Partei von dem entscheidungserheblichen Vorbringen der Gegenpartei in Kenntnis gesetzt worden ist und Gelegenheit zur Einsichtnahme in Beweiserhebungen gehabt hat.

III. Schlussbestimmungen

§ 16 Wiedereinsetzung

Hat ein Verfahrensbeteiligter eine Frist versäumt, so ist ihm auf seinen Antrag Wiedereinsetzung in den Stand zu erteilen, falls er innerhalb eines Monats nach Wegfall des Hinderungsgrundes einen entsprechenden Antrag stellt und glaubhaft macht, dass ihm die Einhaltung der Frist durch Umstände, die er nicht zu vertreten hat, unmöglich war. Das Verschulden des Bevollmächtigten geht zu Lasten der Partei.

§ 17 Wiederaufnahme

1. Die Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens ist nur zulässig, wenn neue Beweismittel und Tatsachen beigebracht werden, a) welche der Antragsgegner in dem früheren Verfahren nicht gekannt hatte und ohne sein Verschulden nicht geltend machen konnte und wenn b) diese Tatsachen und Beweismittel geeignet sind, allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen eine für den Antragsgegner günstigere Entscheidung begründen.
2. Über den gestellten Antrag entscheidet der Ehrenrat endgültig.

§ 18 Gnade



DVG Ehrenratsordnung

Seite 6/6

Stand: 01-2013

Der Mitgliederversammlung steht das Recht zu, im Gnadenwege rechtskräftige Vereinsstrafen zu mildern oder zu erlassen.

§ 19 **Kosten, Auslagen**

1. Die Zeugenauslagen und Kosten der Sachverständigen werden entsprechend den in der Spesenordnung festgesetzten Spesensätzen berechnet. Gleiches gilt für die Reisekosten der Ehrenratsmitglieder und deren Auslagen.
2. Der Antragsteller – ausgenommen das Präsidium – hat einen Vorschuss in Höhe von 150,00 € zu leisten und Zahlungsnachweis zu führen. Vorschüsse auf Kosten und Auslagen sind unter Angabe des Geschäftszeichens des Verfahrens auf das Konto des Verbandes zu zahlen.
3. Wer zur Tragung der Verfahrenskosten verurteilt ist, hat auch die notwendigen Auslagen des Gegners zu erstatten, die vom Ehrenratsvorsitzenden auf Antrag festgesetzt werden.

§ 20 **Aktenaufbewahrung, Aktenvernichtung**

1. Die Akten rechtskräftig abgeschlossener Verfahren werden in der Hauptgeschäftsstelle aufbewahrt.
2. Die Akten dürfen nicht vor Ablauf von 10 Jahren vernichtet werden. Abschriften mit Ausnahme der schriftlichen Entscheidung (§13) dürfen nicht hergestellt werden. Der jeweilige Ehrenratsvorsitzende hat jederzeit ungehindert freien Zugang zu allen Verfahrensakten.

§ 21 **Ehrenrat in den DVG-Gliederungen**

In den Gliederungen (Landesverbände und Kreisgruppen) für deren Bereich eigene Ehrenräte gebildet wurden, ist diese Ordnung sinngemäß anzuwenden.

§ 22 **Schlussbestimmungen**

Die Nichtigkeit von Teilen von satzungsändernden Beschlüssen soll nicht die Nichtigkeit der übrigen Teile einer Satzungsänderung nach sich ziehen.
Der Vorstand wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen vorzunehmen
Die Ehrenratsordnung ist verankert als Satzungsbestandteil in § 3.2.1.2

§ 23 **Inkrafttreten**

Die Ehrenratsordnung wurde von der Mitgliederversammlung am 22.07.2012 beschlossen

Sie tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.